

Kinder- & Jugendpolitik in den Kommunen in NRW 2025-2030 **Empfehlungen des Paritätischen Jugendwerks NRW**

Das Paritätische Jugendwerk NRW (PJW NRW) ist die Jugendorganisation im Paritätischen NRW. In ihm haben sich die Mitgliedsorganisationen des Verbandes zusammengeschlossen, die in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit tätig sind. Das PJW ist Dach und Partner von Initiativgruppen und ist einer von fünf anerkannten landeszentralen Trägern der Kinder- und Jugendförderung in NRW.

Die Kinder- und Jugendarbeit stellt in vielen Kommunen in NRW wertvolle Räume für junge Menschen zur Verfügung und wirkt damit aktiv an einer gerechteren und offeneren Gesellschaft sowie einer lebendigen Demokratie mit. Junge Menschen sind unsere Zukunft. Folgerichtig betrachtet das Kinder- und Jugendhilfegesetz Kinder- und Jugendarbeit nicht als freiwillige Leistung. Vielmehr sind ihr "die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen" (§11 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII). Dies gilt auch für Kommunen und dies gilt auch in finanziell herausfordernden Zeiten.

Mit dieser Handreichung wendet sich das PJW NRW an alle Träger und Akteur*innen, die im Rahmen der Kommunalwahl 2025 zu kinder- und jugendpolitischen Themen mit Kandidat*innen der Parteien und Wählergemeinschaften vor Ort in den Dialog gehen. Die nachfolgenden Statements beschreiben Fragestellungen zu zentralen Themenfeldern der Kinder- und Jugendarbeit, zu denen Kommunalpolitiker*innen – unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten – Stellung beziehen können. Die Handreichung ist angelehnt an die Empfehlungen des Bundesjugendkuratoriums zu Kinder- und Jugendpolitik 2025 bis 2029 für die Bundesregierung.

Zentrale grundsätzliche Forderungen:

Kinder- und Jugendpolitik beinhaltet eine generationengerechte Sozialpolitik

- Wie will Ihre Partei es schaffen, eine generationengerechte Kommunalpolitik umzusetzen?

Kinder- und Jugendpolitik ist Demokratieförderung

- Wie stellen Sie sicher, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen gehört und umgesetzt werden?
- Wie möchten Sie mit Ihrer Partei Demokratiebildung auf kommunaler Ebene fördern?
- Wie stellen Sie sich die politische Beteiligung junger Menschen in Ihrer Kommune vor?

Kinder- und Jugendpolitik bedeutet Investitionen in die Infrastruktur von Erziehung, Bildung und Teilhabe

- Wie sieht für Ihre Partei eine zukunftsfähige Infrastruktur von Erziehung, Bildung und Teilhabe aus?
- Wie sollen, aus der Sicht Ihrer Partei, die Kosten für Investitionen einer zukunftsfähigen Kommunen-Infrastruktur verteilt werden?

1. Rechtliche Stellung von jungen Menschen in der Gesellschaft stärken

Kinderrechte

Kinderrechte sind Menschenrechte - und gehören ins Grundgesetz! Darüber hinaus braucht es kommunale Strukturen, um diese Rechte in allen Lebensbereichen durchzusetzen. Die Kinder- und Jugendarbeit engagiert sich seit Jahren mit Projekten und Maßnahmen für die Rechte von Kindern und Jugendlichen, dennoch braucht es starke Partner*innen im kommunalen Raum.

- Wie trägt Ihre Partei zur Umsetzung der UN-KRK auf kommunaler Ebene bei? Unterstützen Sie beispielsweise die Einrichtung eines*einer Kinderbeauftragten oder eines Kinderbüros in Ihrer Kommune?
- In Artikel 31 UN-KRK ist das Kinderrecht auf Ruhe, Freizeit und Spiel beschrieben. Wie setzen Sie dies mit Ihrer Partei explizit für alle jungen Menschen Ihrer Kommune um?
- Mit welchen Maßnahmen wird Ihre Partei die Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Ihrem Engagement für die Bekanntmachung und Umsetzung der Kinderrechte unterstützen?

Wahlalterabsenkung und Beteiligungsmöglichkeiten

Mit der Festlegung des Wahlalters werden junge Menschen von dem wesentlichsten Mitwirkungsinstrument ausgeschlossen, obwohl im Grundgesetz nichts von einer Altersgrenze steht. Im Sinne der Generationengerechtigkeit würde die Absenkung des Wahlalters einen Beitrag zu einem Interessenausgleich zwischen der jüngeren und der kontinuierlich wachsenden älteren Generation leisten. Auch dürfen junge Menschen erst mit Erreichen der Volljährigkeit als sachkundige Bürger*innen oder Mandatsträger*innen an den kommunalen Gremien teilnehmen. Hier muss die Gemeindeordnung geändert werden.

- Wie setzen Sie sich für eine Senkung des Wahlalters ein?
- Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass junge Menschen als Mandatsträger*innen oder sachkundige Bürger*innen an kommunalpolitischen Diskursen mitwirken können?
- Die Partizipation junger Menschen sollte als gesamtkommunale Aufgabe in die Gemeindeordnung aufgenommen werden. Was tun Sie mit Ihrer Partei dafür?

Jugendhilfeplanung

Jugendhilfeplanung ist die inhaltliche und finanzielle Planungs- und Entscheidungsgrundlage zur Steuerung der örtlichen Jugendförderung, auf deren Grundlage der kommunale Kinder- und Jugendförderplan für eine Wahlperiode festgeschrieben wird. Damit wird allerdings nur teilweise die beabsichtigte Planungs- und Finanzierungssicherheit der Träger vor Ort verwirklicht. Im Rahmen von kurzfristigen Sparmaßnahmen wird von kommunaler Politik der Rotstift gerne als erstes im Bereich der Jugendförderung ansetzt.

- Wollen Sie sich mit Ihrer Partei in der kommenden Legislaturperiode für die Erhöhung oder mindestens für den Erhalt der Mittel des örtlichen Kinder- und Jugendförderplans einsetzen?
- Ein örtlicher Etat für die Jugendarbeit in Höhe von 15 Prozent der Gesamtausgaben für die Kinder- und Jugendförderung: Können Sie sich vorstellen, dies festzuschreiben?

Freiräume für junge Menschen

Anwachsender Leistungsdruck führt bei jungen Menschen dazu, dass sie immer weniger Zeit haben, über die sie selbstbestimmt verfügen. Darüber hinaus fehlt es oft an eigenen Räumen, die sie selbst gestalten und nutzen können. Der Kinderrechte-Index 2019 des Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. zeigt, dass Kommunen in NRW beim Recht auf Ruhe und Freizeit, Spiel und Erholung unterdurchschnittlich abschneiden. Allerdings sind sowohl Zeit als auch Räume, in denen Kinder und Jugendliche sich akzeptiert fühlen, elementar.

- Wie möchten Sie den öffentlichen Raum so umgestalten, dass sich auch explizit junge Menschen darin gerne aufhalten?
- Junge Menschen müssen ihr Recht auf Ruhe und Freizeit, Spiel und Erholung in angemessenem Maß in Anspruch nehmen können. Wie stellen Sie das mit Ihrer Partei sicher?
- Was tun Sie dafür, dass jungen Menschen genügend eigene Räume zur Selbstorganisation und Gestaltung zur Verfügung gestellt werden?
- Wie wollen Sie dafür sorgen, dass junge Menschen in ihrem Engagement in der Freizeit bestärkt und unterstützt werden?

2. Für eine starke Demokratie: Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Partizipation junger Menschen

Demokratiebildung

Die Kinder- und Jugendarbeit ist ein Ort der Demokratie und politischen Bildung. Hier erleben Kinder und Jugendliche nicht nur demokratische Mitbestimmung, sondern sie werden darin bestärkt, zu handeln, mitzuentcheiden und gesellschaftliche Mitverantwortung zu übernehmen. Darüber hinaus ist die Jugendarbeit in Zeiten von extremistischer and antidemokratische

Einflussnahme eine zentrale Akteurin in der Prävention von politischer Radikalisierung im Jugendalter.

- Wie fördern Sie das politische Interesse von Kindern und Jugendlichen?
- Was sind Ihre Ansätze im Kampf gegen die politische Radikalisierung von jungen Menschen?
- Wie fördern Sie das demokratische und gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen in Ihrer Kommune in Kooperation von Jugendarbeit und anderen Akteuren vor Ort?

Einmischende Jugendpolitik

Demokratie braucht alle! Darum ist eine lebendige Kinder- und Jugendbeteiligung nicht bloß nettes Beiwerk, sondern Grundpfeiler eines demokratischen Zusammenlebens. Politik ist nur dann zukunftsfähig, wenn die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen berücksichtigt werden. Denn Kinder und Jugendliche sind langfristig von politischen Entscheidungen betroffen.

- Wie wollen Sie die Bedürfnisse aller jungen Menschen bei politischen Entscheidungen berücksichtigen?
- Wie tragen Sie dafür Sorge, dass der Jugendhilfeausschuss über alle kinder- und jugendrelevanten Themen berät und dass Vertreter*innen junger Menschen im Jugendhilfeausschuss stimmberechtigt sind?
- Was tun Sie dafür, dass alle jungen Menschen eine Chance auf Beteiligung, unabhängig von Alter oder sozialem Hintergrund, bekommen und deren Forderungen und Stellungnahmen, die in Beteiligungsprozessen erarbeitet wurden, gehört werden?

3. Kinder- und Jugendarmut bekämpfen – soziale Mobilität in der Bildung ermöglichen

Jugendförderung

Die Ausgaben der Kommunen für Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen sind tendenziell insgesamt rückläufig oder stagnierend. Vor allem Angebote und Strukturen für Kinder und Jugendliche werden besonders in finanzschwachen Kommunen abgebaut. Betroffen davon sind insbesondere junge Menschen aus Familien mit geringen finanziellen Mitteln.

- Was wollen Sie als Partei tun, um die Angebote und Strukturen für Kinder und Jugendliche zu erhalten bzw. auszubauen?
- Der Kinder- und Jugendförderplan NRW ist dynamisiert. Wie steht Ihre Partei zur Einführung einer Dynamisierung auch des kommunalen Kinder- und Jugendförderplans?
- Wie fördern Sie mit Ihrer Partei die selbstbestimmte Freizeitgestaltung junger Menschen?

Kommunale Bildungslandschaften

Bildung, insbesondere außerschulische Bildung ist eine Gemeinschaftsaufgabe mit wachsender Bedeutung. Die Vernetzung aller örtlichen Bildungsträger ist notwendig, um formale und non-

formale Lernprozesse miteinander zu verknüpfen. Zu diesen Bildungsträgern gehören neben den Schulen vor allem auch Jugendzentren, Sport- und Jugendverbände, Jugendkunst- und Musikschulen, Initiativen sowie Kultureinrichtungen. Allerdings werden Akteure der non-formalen Bildungsarbeit oftmals nicht gleichberechtigt an der Zusammenarbeit beteiligt. Mit der Ausbreitung des schulischen Ganztags nehmen formalisierte Bildungsorte zusätzlich immer mehr Raum ein, wodurch das ehrenamtliche Engagement junger Menschen eingeschränkt und gefährdet wird.

- Welchen Stellenwert haben in Ihren Augen außerschulische Bildungs- und Lernorte?
- Sind bei lokalen Bildungskonferenzen wirklich alle Bildungsträger mit eingebunden?
- Welche Idee hat Ihre Partei, die Träger non-formaler Bildungsangebote stärker in die kommunalen Bildungslandschaften einzubinden?
- Wie wollen Sie die Vernetzungsaktivitäten aller Bildungsakteure sicherstellen und unterstützen?
- Junge Menschen sollten selbstständig über ihre eigenen Lernprozesse (mit-)bestimmen können. Wie wollen Sie dies sicherstellen?

4. Gewaltfreies Aufwachsen und Kinderschutz strukturell absichern

Umsetzung Landeskinderschutzgesetz NRW in den Kommunen

Mit Inkrafttreten des Landeskinderschutzgesetzes NRW im Mai 2022 wurde der Schutz von Kindern und Jugendlichen verbessert und die Rechte junger Menschen gestärkt.

Die Sicherung hoher fachlicher Standards, ein verbesserter Austausch insbesondere zwischen den Akteur*innen des interdisziplinären Kinderschutzes sowie Fortbildungen der Beteiligten sollen dieses Ziel sicherstellen. Zudem werden Kinder und Jugendliche als Träger*innen eigener Rechte gestärkt und müssen maßgeblich beteiligt werden, wenn es um die Gestaltung ihrer Lebenswelten, ihres Schutzes, Unterstützung und Hilfe geht. Nicht zuletzt werden alle freien Träger der Jugendförderung aufgefordert, organisationale Rechte- und Schutzkonzepte zu entwickeln, um jungen Menschen sichere Orte zu bieten. Kinder und Jugendliche sollen auf sensibilisierte Fachkräfte treffen, die sich ihrer Schutzverantwortung bewusst sind und Hilfe und Unterstützung ermöglichen können.

- Was tun Sie für die Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes NRW in Ihrer Kommune?
- Mit welchen Maßnahmen und Angeboten unterstützen Sie den aktiven Schutz vor Gewalt an Kindern und Jugendlichen?
- Wie gestalten Sie die interdisziplinäre Netzwerkarbeit gemäß § 9 LKSG zum Schutz vor Gewalt an jungen Menschen in Ihrer Kommune und welche fachlichen Standards für Kinderschutzverfahren berücksichtigen Sie dabei?
- Wie stellen Sie in ihrer Kommune sicher, dass die o.g. gesetzlichen Anforderungen im Hinblick auf die Schutzkonzeptentwicklung bei freien und zukünftig auch gewerblichen Trägern umgesetzt werden?

- Welche Unterstützung kann den Trägern innerhalb ihrer Kommune hierfür zur Verfügung gestellt werden?
- Wie sorgen Sie dafür, dass Kinder und Jugendliche sich als Träger eigener Rechte gemäß der UN-KRK verstanden und gesehen fühlen?

Geschlechtsspezifische Jugendarbeit

Mädchen* und Jungen* brauchen eigene Räume! Denn patriarchale Strukturen sorgen trotz der zahlreichen Erfolge der vergangenen Jahre dafür, dass Mädchen* weiterhin strukturell benachteiligt sind und Mädchen* wie Jungen* durch gesellschaftliche Zwänge beeinflusst werden.

- Wie wollen Sie geschlechtsspezifische Angebote in Ihrer Kommune stärken und verstetigen?
- Nach § 9 Nr. 3 SGB VIII sind bei der Ausgestaltung der Kinder- und Jugendarbeit die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen* und Jungen* zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und Gleichberechtigung von Mädchen* und Jungen* zu fördern. Wie setzen Sie diesen gesetzlichen Auftrag in Ihrer Kommune um?

Queere Jugendarbeit

LSBTIQ*-Jugendliche wachsen wie selbstverständlich in einer Gesellschaft auf, in der heterosexuelle Beziehungen und "CIS-Sein" immer noch die Norm sind bzw. von einzelnen Gruppierungen auch wieder aktiv eingefordert werden. Neben allen Herausforderungen, die das Jugendalter ohnehin mit sich bringt, müssen sich junge LSBTIQ* außerdem mit ihrem sexuellen und geschlechtlichen „Sosein“ auseinandersetzen. Sie erleben häufig Ablehnung, Diskriminierung und Ausgrenzung. Dies gilt sowohl im schulischen und/oder beruflichen Umfeld als auch im privaten Bereich, von Eltern, Familie und/oder Freund*innen.

- Welche Angebote gibt es vor Ort, die sich ausdrücklich an die Zielgruppe richten und Schutzräume bieten bzw. LSBTIQ* die Möglichkeit geben, gleichgesinnte junge Menschen zu treffen? Welche Anlaufstellen gibt es für junge Menschen und ihre Eltern?
- Wie macht sich Ihre Partei stark für eine Jugendförderung, die die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen*, Jungen* sowie transidenten, nichtbinären und intergeschlechtlichen jungen Menschen berücksichtigen und Benachteiligungen abbauen helfen (§ 9 Ziffer 3 SGB VIII)?
- Wie setzt sich ihre Partei für eine offene und vielfältige Gesellschaft ein, die queeren Jugendlichen ein selbstbestimmtes und sicheres Aufwachsen ermöglicht?

Antisemitismus/Rechtsextremismus

Die Ereignisse sowie Anschläge in den letzten Monaten und die Debatten zu migrations- und flüchtlingspolitischen Themen in der Politik und der Medienberichterstattung verdeutlichen, dass wir ein virulentes Problem mit Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus sowohl in Deutschland als auch in NRW haben. Als Akteur*innen der Kinder- und Jugendarbeit setzen wir

uns aktiv gegen jedwede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein und sensibilisieren auch Kinder und Jugendliche, die tagtäglich unsere Einrichtungen aufsuchen. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass unsere Kinder und Jugendlichen mit jüdischem Hintergrund sowie mit Migrations- und Fluchterfahrung angemessen geschützt und gestärkt werden. Ferner wäre es wichtig, Beratungsangebote bzw. Anlaufstellen zu etablieren, an die sich betroffene Kinder und Jugendliche bzw. Einrichtungen auch hinwenden können, wenn diese antisemitisch und rassistisch im Alltag, in der Schule oder in der Kommunal-/Kreisverwaltung angegriffen werden.

- Wie werden Sie mit Ihrer Partei aktiv, um Kinder und Jugendliche in Ihrer Kommune vor antisemitischer, rassistischer und rechtsextremistischer Hetze und Gewalt zu schützen?
- Wie wollen Sie es schaffen, die rechtlichen Grundlagen auf kommunaler Ebene dahingehend zu forcieren und Handlungsspielräume zu nutzen, um betroffene Kinder und Jugendliche stärker zu schützen und zu unterstützen?
- Die Träger der Kinder- und Jugendarbeit setzen sich gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus ein. Wie wollen Sie dies unterstützen?

5. Kinder- und Jugendhilfe – inklusiv öffnen, Qualität sichern und digital modernisieren

Inklusion

Mit der Reform des SGB VIII (2021) wird eine inklusive Ausrichtung rechtlich verbindlich verankert. Das bedeutet: Alle jungen Menschen, unabhängig davon, ob mit oder ohne Behinderung, sollen zukünftig unter einem Dach der Kinder- und Jugendhilfe betreut werden. Für die Träger der Jugendförderung bedeutet dies insbesondere, ihre Angebote für alle jungen Menschen zu öffnen und Barrieren zu beseitigen. Kommunen müssen ihre Strukturen und Angebote so umbauen, dass sie für alle zugänglich und nutzbar sind – also barrierefrei, vielfältig und diskriminierungsfrei. Besonders betont wird hierbei die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – gerade auch von jenen, die bisher oft übersehen wurden (z. B. mit Behinderung oder aus benachteiligten Milieus).

- Wie wollen Sie in Ihrer Kommune niedrigschwellige, inklusive Teilnehmungsformate entwickeln – von Online-Beteiligung bis zum Jugendforum mit Dolmetscher*innen für Gebärdensprache?
- Wie können Barrieren in Ihrer Kommune abgebaut werden, um jungen Menschen mit Behinderung Möglichkeiten zur Mitwirkung und Teilhabe zu ermöglichen?
- Welche Räume und Möglichkeiten gibt es, für Kinder und Jugendliche sowie erwachsene Mitarbeiter*innen der Kinder- und Jugendarbeit mit und ohne Beeinträchtigungen in Ihrer Kommune, sich zu begegnen?
- Welche Partizipationshemmnisse einerseits und Entwicklungspotenziale andererseits sehen Sie hier vor Ort?
- Was können und wollen Sie tun, um behindernde Strukturen nachhaltig zu überwinden?

- Wie können bestehende Angebote dabei unterstützt werden, ihr Angebot inklusiv zu gestalten und für alle Kinder und Jugendlichen zu öffnen?

Digitalisierung

Kinder und Jugendliche wachsen in einer digitalisierten Welt auf und leben wie selbstverständlich in ihr. Gleichzeitig stellt diese Welt sie in diesem Bereich vor Anforderungen, auf die auch Erwachsene bisher keine Antwort haben. Kinder- und Jugendarbeit muss sich mit diesen Fragen auseinandersetzen und mit den jungen Menschen gemeinsam Lösungen erarbeiten.

- Welche Angebote für den Erwerb von Medienkompetenz gibt es in Ihrer Kommune?
- Wie werden Akteure der Jugendförderung dabei unterstützt, ihr Angebot und ihre Strukturen digitaler zu gestalten?

Qualitätssicherung

Die Angebote der Jugendförderung beruhen überwiegend auf ehrenamtlichem Engagement bzw. werden erst dadurch und kurzfristige Projektförderungen möglich. Mittel- und langfristige Planung wird dadurch erschwert, Angebote hängen vom Einsatz einzelner Menschen ab. Strukturelle Förderung ist jedoch notwendig, um die Qualität langfristig beizubehalten, zu steigern und abzusichern. In Zeiten knapper Fachkräfte sind Strukturen auch der Garant dafür, dass qualifizierte Fachkräfte gewonnen und gehalten werden können.

- Wie sichern Sie bestehende Angebote über den Kinder- und Jugendförderplan ihrer Kommune auch strukturell ab? Haben neue Angebote eine Chance, in die bestehende Struktur aufgenommen zu werden?
- Welche Unterstützung bekommen rein ehrenamtlich organisierte Vereine?
- Welche Anreize haben Fachkräfte, sich vor Ort in der Kinder- und Jugendarbeit zu bewerben und bleiben?

6. Zugänge zur Gesundheitsversorgung und -förderung von Kindern und Jugendlichen verbessern

Mentale Gesundheit

Corona, Klimakatastrophe, Angst vor Krieg, Rassismus, Hass auf Social Media – es steht schlecht um die mentale Gesundheit von Jugendlichen. In den Einrichtungen der Jugendarbeit finden junge Menschen Gemeinschaft und einen Ort, wo sie mit ihren Sorgen ernst genommen werden. Dennoch muss die politisch häufig vernachlässigte physische und psychische Gesundheit der jungen Generation dringend in den Mittelpunkt gerückt.

- Was sind Ihre Pläne, damit Kinder und Jugendliche – unabhängig vom sozialen Status – gesund aufwachsen können?
- Was tun Sie für den Aufbau von Präventionsangeboten im Bereich der Gesundheit von jungen Menschen?

7. Flucht – Potenziale junger Menschen erkennen

Junge Geflüchtete

Die Jugendförderung bietet mit ihren Strukturen und Methoden eine gute Grundlage für die Integration neuer Zielgruppen. Vielfalt ist an den Orten der Kinder- und Jugendarbeit seit vielen Jahren Alltag und Grundlage der Arbeit. Geflüchtete Kinder und Jugendliche finden in den Einrichtungen, Projekten und Aktionen Orte zum Ankommen, neue Freund*innen, Empowerment-Räume und noch vieles mehr.

Gleichzeitig bringen die Kinder und Jugendlichen auch neue Themen und neue Herausforderungen mit, denen sich die Jugendarbeit stellen muss. Da Kinder- und Jugendarbeit zu einem großen Teil ehrenamtlich geleistet wird und bestehende Strukturen im Normalfall voll ausgelastet sind, müssen auch diese Strukturen nachhaltig und verlässlich gestärkt werden.

Die Jugendarbeit zeigt sich da irritiert, wo ihre Integrationsbemühungen durch die aktuelle Flüchtlingspolitik ad absurdum geführt werden. Wie der weitere Weg für die Jugendarbeit mit Blick auf aktuelle Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik sein kann, ist schwer abzusehen. Insbesondere mit Blick auf die Zukunft stellen sich weiterhin Fragen bezüglich einer verlässlichen Einhaltung von Kinderrechten. Damit Integration gelingt, muss das Recht auf Bildung bzw. der Zugang zu Schule, zu Kinder- und Jugendarbeit, Fragen des Übergangs zum Beruf, uvm. im Sinne der geflüchteten Menschen, aber auch im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts in NRW forciert werden

Die Akteure der Jugendarbeit haben sich in den vergangenen Jahren diesen Herausforderungen immer wieder neu gestellt und sich als verlässlicher, unverzichtbarer Partner der Kommunen gezeigt. Hier geht es um Orte des Ankommens, Safer Spaces, eine gute Integration und langfristige Perspektiven für geflüchtete Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen und unserer Gesellschaft.

- Was trägt Ihre Partei konkret zur Integration und der Entwicklung von langfristigen Perspektiven für geflüchtete Kinder und Jugendliche bei?
- Wie setzen Sie sich ein, die rechtlichen Grundlagen auf kommunaler/Kreisebene dahingehend zu forcieren und Handlungsspielräume zu nutzen, um das Recht auf Bildung bzw. der Zugang zu Schule im Sinne der betroffenen Kinder und Jugendliche zu unterstützen und diese auch stärker vor Abschiebungen zu schützen?
- Wie unterstützt Ihre Partei das Engagement der Träger der Jugendförderung in der Kommune?
- Wie können Sie die Akteur*innen der Jugendarbeit in der Kommune nachhaltig und strukturell stärken?
- Wie schützen Sie geflüchtete Kinder und Jugendliche vor rassistischer Diskriminierung, Stigmatisierung und Kriminalisierung in Ämtern, Behörden, Polizei, Schulen, Bildungseinrichtungen und Alltag ein?
- Wo sehen Sie mehr Potenzial für Unterstützung und Wertschätzung?

8. Recht auf Zukunft: Generationengerechte Klimapolitik schaffen

Zukunftsfähigkeit

Von den Folgen des Klimawandels sind weltweit zwar alle Menschen, jedoch in unterschiedlichem Maße, betroffen. Besonders benachteiligt sind hierbei Kinder und Jugendliche, die zum einen am Überverbrauch der Ressourcen nur wenig beteiligt waren und sind sowie zum anderen besonders lange mit den Folgen leben müssen. Aus diesem Grund ist es wichtig, auch auf Kommunalebene, die sozial-ökologische Transformation so schnell wie möglich anzustoßen bzw. weiter voranzutreiben, um die Folgen des Klimawandels abzumindern und damit zukunftsfähige Kommunen für die jungen Generationen zu erhalten.

- Was tut Ihre Partei, um die Kommune nachhaltig und zukunftsfähig für die nächsten Generationen aufzustellen?
- Welche klimapolitischen Ziele, ausgerichtet auch an den Bedarfen der jungen Menschen, verfolgen Sie mit Ihrer Partei auf Kommunalebene?
- Wie wollen Sie mit Ihrer Partei eine generationengerechte sozial-ökologische Transformation der kommunalen Strukturen schaffen?
- Wie wollen Sie die jungen Menschen in der Kommune an klimapolitischen zukunftsrelevanten Entscheidungen beteiligen?

Mobilität

Für gesellschaftliche Teilhabe bedarf es als grundlegende Voraussetzung gute Mobilität für alle. Kinder und Jugendliche sind dabei auf den ÖPNV und nichtmotorisierte Formen des Individualverkehrs angewiesen. Auch aus ökologischen Gründen müssen vermehrt Alternativen für den motorisierten Individualverkehr angeboten werden. Darum brauchen nicht nur junge Menschen ein gut ausgebautes und möglichst kostengünstiges ÖPNV- und sicheres Fahrrad-Netz.

- Wie sieht für Sie eine jugendgerechte Mobilität in Ihrer Kommune aus und was tun Sie, um diese zu etablieren?
- Wie stellen Sie sicher, dass die Perspektiven junger Menschen bei der Gestaltung des ÖPNV berücksichtigt werden?
- Wie stehen Sie zu einem kostenlosen landesweiten Jugendticket?
- Welche Maßnahmen wollen Sie mit Ihrer Partei ergreifen, um den Fahrradverkehr in Ihrer Kommune zu stärken?

Anlage

Empfehlungen des Bundesjugendkuratoriums zu Kinder- und Jugendpolitik 2025 bis 2029

Wuppertal, Juni 2025